

MRZ - 29.10.1997

Vermögende Eltern sollen mehr bezahlen

Im Landkreis wird über Staffelung der Kindergartenbeiträge nach Einkommen nachgedacht

■ Von Erich Hieronimus

Mainz-Bingen. Im Landkreis Mainz-Bingen werden die Elternbeiträge für die Kindergärten möglicherweise nach dem Einkommen gestaffelt. In der Kreisverwaltung wird jedenfalls schon mal fleißig gerechnet. Mitarbeiter der Jugend- und Sozialabteilung prüfen, was passiert, wenn der Landtag in Mainz einer Vorlage der Landesregierung zustimmt und den Anteil des Landes an den Personalkosten ab April nächsten Jahres senkt.

Eines ist schon klar: Wenn die Kreise tatsächlich weniger Geld vom Land bekommen, werden sie es sich von den Eltern holen müssen. Eine Möglichkeit wäre, einfach linear die Beiträge für alle zu erhöhen. „Das träfe alle

Eltern, auch diejenigen, die das kaum verkraften können“, kann sich Landrat Claus Schick (SPD) mit dieser Lösung nicht anfreunden. „Leuten mit hohen

Einkommen macht das natürlich weniger aus.“

Eher denken Landrat und die für Soziales zuständige Kreisbeigeordnete Anne Kipp (SPD)

daran, von der neuen Möglichkeit der sozialen Staffelung Gebrauch zu machen. Es sind aber noch viele Fragen offen. Die Verwaltung hat sich aus Nordrhein-Westfalen Zahlen besorgt. Dort orientieren sich die Elternbeiträge schon länger am Einkommen.

Nach Ansicht der CDU-Kreistagsfraktion macht es sich die Landesregierung zu einfach mit der Empfehlung, sich das gekürzte Geld von den Eltern wiederzuholen. „Damit halten die Kommunen mal wieder den Schwarzen Peter in der Hand“, kritisiert Fraktionschef Thomas Feser. Die Elternbeiträge nach dem Einkommen zu berechnen, hält die CDU allerdings für längst überfällig. Thomas Feser in einer Presseerklärung: „Das ist sozial gerechter.“

HINTERGRUND

Land, Kreis, Gemeinden und Eltern zahlen Personal

Bislang übernimmt das Land 30 Prozent Personalkosten der Kindergärten. Ab 1. April 1998 soll der Anteil auf 27,5 Prozent reduziert werden. Die Folge: Wenn kein Personal entlassen werden soll, müssen die Landkreise und Gemeinden die Differenz aufbringen. Für den Kreis Mainz-Bingen sind das im nächsten Jahr rund 1,2 Millionen Mark. Nach der derzeitigen Regelung zahlen die Eltern unabhängig vom Einkommen Beiträge für die Kinder. Für das zweite oder dritte Kind gibt's „Rabatt“. Das ist auch der Grund, warum der Landkreis nicht die vorgesehene Quote erreicht, wonach der Elternanteil an den Personalkosten 20 Prozent ausmachen soll. Im Moment sind es etwa 13 Prozent. Jetzt wird in Ingelheim zweierlei überlegt: Zum einen sollen die Elternbeiträge nach dem Einkommen gestaffelt und zum anderen soll insgesamt eine bessere Quote (17 Prozent) erzielt werden.